

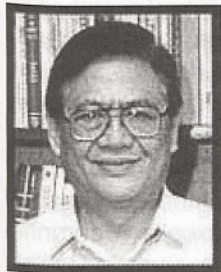
# Drahtseilakt

## Interview mit Bobby Tañada zu Auswirkungen der Anti-Terror-Kampagne in den Philippinen

von Daniel Ong und Rainer Werning

*Mit ihrer aktiven Unterstützung der US-amerikanischen Anti-Terror Politik hat sich die philippinische Regierung Macapagal-Arroyos den USA unterworfen — und die Menschenrechte bedroht, denn der Raum für andere Meinungen wird beschränkt. So lautete zusammengefasst die Botschaft des ehemaligen Senators der Republik der Philippinen, Wigberto Tañada, die er in einem Interview am 5. Oktober 2002 im Essener Asienhaus äußerte.*

**T**añada, Senator in der Regierung Aquino, gehört zu denen, die sich unverdrossen dafür eingesetzt hatten, das Militärbasenabkommen zu beenden. Er sagte, dass sich die derzeitige Anti-Terror-Kampagne auf die Menschenrechtsgespräche in den ASEAN auswirkt, da sie es »schwerer macht, etwas voranzubringen«.



Neben seiner Rolle als amtierender Präsident der progressiven ländlichen Erneuerungsbewegung (Philippine Rural Reconstruction Movement, PRRM), die zu den größten Nichtregierungsorganisationen der Philippinen zählt, ist Tañada Vorsitzender des philippinischen Menschenrechtskomitees in der ASEAN.

Mit einem »Tanz auf dem Drahtseil« beschreibt der ehemalige Senator die politische Situation in den Philippinen. Sobald jemand eine Meinung vertritt, die von der Stoßrichtung der USA oder der philippinischen Regierung abweicht, drohe ihm oder ihr der Vorwurf, mit Terroristen zu sympathisieren. Aktuell seien 18 Gesetzentwürfe im Kongress anhängig, die sich alle mit der Frage auseinandersetzen, was ein terroristischer Akt ist.

Das Problem mit all diesen Entwürfen sei, so Tañada, dass sie alle zu breit, zu umfassend ausgelegt sind. Dies führe häufig genug dazu,

Menschenrechte aufs Abstellgleis zu schieben und die bürgerlichen und politischen Freiheiten zu beschneiden.

Den ersten Tribut an die Anti-Terror-Kampagne musste — Tañada zufolge — der Friedensprozess zahlen. Seiner Meinung nach führte die Entscheidung des US-Außenministeriums, die Kommunistische Partei der Philippinen mit der Neuen Volksarmee (CPP-NPA) sowie ihren politischen Arm, die Nationaldemokratische Front (NDF) als terroristische Vereinigung zu klassifizieren, zu einer Verzögerung des Prozesses. Es werde jetzt wesentlich länger dauern, letztere und die philippinische Regierung zurück an den Verhandlungstisch zu bringen.

Mordanschläge der kommunistischen Guerilla auf Regierungsbeamte sowie das Visiting Forces Agreement und die gemeinsamen Militärübungen mit den USA haben die Wiederaufnahme der Friedensgespräche zwischen der Macapagal-Arroyo-Regierung und der NDF verhindert.

Tañada betonte, dass sowohl die Balikatan-Manöver in Luzon, an denen etwa 500 US-Soldaten beteiligt sind, als auch die bevorstehende Anerkennung des Abkommens über beidseitige logistische Unterstützung (Mutual Support Logistics Agreement) durch die Macapagal-Arroyo-Regierung, die den USA einen Zugriff auf militärische Einrichtungen in den

Philippinen sichert, zu Komplikationen führen werden. Dabei hat Tañada nicht nur den Friedensprozess im Blick, sondern ebenso Operationen der philippinischen Regierung gegen die Kommunisten und die Rebellen der Moro. Erste Hinweise deuten darauf, dass der Konflikt mit der CPP-NPA zu eskalieren droht.

»Es drängt sich der Eindruck auf,« so fasste Tañada zusammen, »dass unsere philippinische Regierung dem Diktat der USA untersteht und dass die Rebellen und die Zivilgesellschaft das nicht hinnehmen werden.«

Übersetzung:  
Katharina Stahlenbrecher

